Mittwoch, 17. August 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 385 * Ausgabe B Nr. 191
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 385

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Rede Lloyd Georges.

Die Verpflichtung der alliierten Mächte, die Entscheidung des Völkerbundsrates anzunehmen.

Der Ton der Rede, in der Lloyd George sich gestern im Unterhause über die oberschlesische Frage und über den Verlauf der Pariser Konferenz geäußert hat, war versöhnlich und sanft. Lloyd George betonte, daß „die Einigkeit der Alliierten eine Gewähr für den Frieden" sei, ein Bruch die Gefahren unberechenbar vergrößern würde, und er ging so weit, zu versichern, nach dem letzten Notbeschlusse, auf den man sich in Paris einigte, stehe die Allianz „gefestigter da als je". Das alles wurde gesagt, um die Gemüter zu beruhigen, Oel auf die Wogen zu gießen und eine bessere Stimmung in Frankreich zu erzeugen, mit dem Lloyd George ja keineswegs brechen will. Es sieht nicht so aus, als ob in Frankreich der freundliche Ton den sachlichen Inhalt der Unterhausrede annehmbarer erscheinen erläßt. Lloyd George erläuterte die Gesichtspunkte, die auf der einen Seite für England, Italien und Japan, auf der anderen für Frankreich maßgebend seien. Frankreich sehe in der ganzen oberschlesischen Frage vor allem die Frage seiner Sicherheit. Frankreich fühle, solange die oberschlesischen Kohlen- und Erzlager bei Deutschland blieben, seine Sicherheit bedroht. Denn die ganze französische Presse, die Regierung des Herrn Briand und die Parlamentsredner behaupten ja immer wieder — und in Deutschland hat eine deutschnationale Kaffeeschwester, das Fräulein Schirmacher, es ihnen ausdrücklich bestätigt — Oberschlesien sei für Deutschland eine Werkstatt der Revanche, ein mächtiges Kriegsarsenal. Lloyd George wendet demgegenüber ein, das alles gehe die Alliierten gar nichts an. Für die Alliierten gebe es nur den Versailler Vertrag. Von der Notwendigkeit, aus Gründen der Sicherheit die oberschlesische Industrie von Deutschland loszureißen, stehe in den Artikeln über Oberschlesien nichts. Die Alliierten hätten die Pflicht, sich streng an die Vertragsbestimmungen zu halten, und durch diese Bestimmungen werde die Entscheidung allein vom Ergebnisse der Volksabstimmung und von der wirtschaftlichen und geographischen Lage abhängig gemacht. Das ist logisch und, sollte man meinen, einwandfrei. Herr Briand vertritt alles Mögliche, nur nicht die Vertragstreue, Lloyd George vertritt diesmal das im Vertrage verbriefte Recht. Es will uns nur scheinen, daß Lloyd George die Furcht Frankreichs vor den Gefahren, die ihm aus dem oberschlesischen „Arsenal" erstehen könnten, ein wenig überschätzt. Die französische Presse und die Politiker glauben gar nicht so sehr an diese Gefahr. Die Gefahr wird nur vorgeschoben, weil die französische Großindustrie, die mit ihrem Gelde die französischen Zeitungen füttert, wie die deutsche Schwerindustrie so viele Blätter dieses Landes, die oberschlesischen Industriewerke einstecken wünscht. Der „Temps", der „Figaro" und die ganze Gilde haben nur so viel über Bedrohung geklagt und geschrien, weil man hoffte, mit Hilfe dieses Vorwandes ein glänzendes Geschäft zustande zu bringen. Lloyd George weiß das vermutlich auch. Aber da er versöhnlich wirken will, spricht er es nicht aus.

Er bleibt aber dabei, daß nach den klaren Ergebnissen der Volksabstimmung das oberschlesische Industriegebiet zu Deutschland gehöre, und das hat er auch gestern im Unterhause wieder mit schätzenswerter Deutlichkeit gesagt. Er hat abermals erklärt, die Bevölkerung Oberschlesiens sei überwiegend deutsch", hat hervorgehoben, daß sowohl nach dem Urteil der englischen und französischen Sachverständigen die nach der Ansicht der englischen und französischen Kommission „das sehr wichtige Industriedreieck auf der Grundlage der Bevölkerung Deutschland zerteilt werden müsse," und hat die Schaffung von Inseln" vollkommen unmöglich genannt. Er hat auch nochmals von den polnischen Gewalttaten, von den Verbrechen Polens, das Gebiet durch einen Aufstand an sich zu reißen, gesprochen, und es geht aus seiner Rede deutlich hervor, daß er nur an eine polnische Aufstandsbewegung glaubt. Wie schon früher, hat er auf die Aehnlichkeit hingewiesen, die zwischen dem polnischen Terror in Oberschlesien und dem polnischen Ueberfall auf Wilna besteht. Er hat den unruhigen, turbulenten Geist des neuen polnischen Staates richtig eingeschätzt. Er dürfte sich auch über die Zukunft im Reren sein, der dieser Staat bei Fortsetzung solcher Politik, und als Vasall des französischen Imperialismus, unrettbar zugegangen. Die Westminster Gazette" hat neulich eine ebenso wahre wie vernichtende Kritik an der französischen Staatskunst geübt, die sich auf dieses Polen stützen wolle und es andere darüber verspiele, und sie hat gesagt, Frankreich setze immer „auf das falsche Pferd". Das ist ganz richtig, die französische Staatskunst wandelt seit dem Friedensschlusse auf geradezu kindischen Irrwegen, aber sie wird getrieben und eigentlich dirigiert von jenen Großindustriellen, denen nicht das „falsche Pferd", sondern der mit Gold beladene Maulesel vor Augen steht.

Die wichtigste Stelle in der Rede Lloyd Georges ist diejenige, wo er sagt, Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien müßten sich verpflichten, die Entscheidung des Völkerbundsrates anzunehmen, „bevor irgendetwas unternommen wird." Das aber will man anscheinend nicht in Frankreich, zum wenigstens nicht jene Interessentenpresse, die Herrn Briand ihre Weisungen diktiert. Der „Temps" hat bereits in vielen Spitzfindigkeiten auseinandergesetzt, die Annahme des Mehrheitsbeschlusses sei für Frankreich eine Unmöglichkeit. Von den acht Mitgliedern des Völkerbundsrates könnte also eine überwiegende Mehrheit, könnten alle neun den französischen Vertreter, für die englisch-italienische Reise stimmen — Frankreich bliebe bei seinem Nein. Dadurch wäre natürlich das ganze Schiedsgericht im voraus zu einer lächerlich unfruchtbaren Institution gemacht. Wie soll eine Einstimmigkeit zustande kommen, da Frankreich, das dem Schiedsgericht angehört, sie zu verhindern gedenkt? Hier liegt, auch für Lloyd George, die neue Schwierigkeit. Die Situation — und die herauskommende Situation der nächsten Tage — kann am besten begriffen werden, wenn man jenen Satz Lloyd Georges und die Obstruktionstaktik der französischen Presse nebeneinander stellt.

*

In Vertretung der Berliner Botschafter der alliierten Mächte, die zurzeit alle von Berlin abwesend sind, haben, wie wir hören, heute vormittag die **Geschäftsträger der Alliierten** im Auswärtigen Amt vorgesprochen, um an die deutsche Regierung das angekündigte Ersuchen zu richten, sie möchte alle diejenigen Maßnahmen treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien dienlich sind. Von dem Ersuchen wurde Kenntnis genommen.

Lloyd George für Herabsetzung der Kontrollasten.

Der Schluß von Lloyd Georges Rede.

Für Abbau der Sanktionen und der Militärkontrolle. — Gleiche Behandlung der deutschen und der polnischen Vertreter vor dem Völkerbundsrat.

(Telegramm.)

London, 16. August. (W. T. B.)

Zu seiner Rede im Unterhause erklärte Lloyd George u. a. noch, daß neben der oberschlesischen Frage auch die Frage der Sanktionen, die Deutschland auferlegt seien, schwierig gewesen sei. Es bestehe kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur gerechtfertigt seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen abgelehnt hätte. Deutschland habe aber bessere Abmachungen angenommen und tue sein Bestes, um sie durchzuführen. Die Alliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Zollgrenze ungerecht sein würde und seien daher übereingekommen, sie aufzuheben.

Bezüglich der militärischen Sanktionen seien die Franzosen der Ansicht, daß einige Bestimmungen des Friedensvertrages noch nicht vollkommen durchgeführt worden seien, insbesondere bezüglich der Entwaffnung. Die Franzosen schlugen daher vor, daß die militärischen Sanktionen noch einige Zeit aufrecht erhalten bleiben sollten. Diese Frage werde dem militärischen Ausschuß, der seine Sitzung in Paris abhalten werde, überwiesen, und es bestehe die Absicht, die Frage bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates zu behandeln. **Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die Zeit zu einer allmählichen Herabsetzung der Deutschland durch die Kontrolle auferlegten Lasten gekommen sei;** die Ausgaben dafür verschlängen Schätze. Die Alliierten hätten genau soviel Interesse daran, wie die Deutschen selbst. Die Alliierten hätten sogar vom Standpunkt der Reparation gesehen ein unmittelbares Interesse daran. Augenblicklich hätten die Ausgaben für die Besetzung und für die Kontrollkommissionen in Deutschland fast das gesamte Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügbar sein konnte. Es bestände kein Zweifel, daß sie auch einen Zustand dauernder Erregung schafften. Je eher Europa zu normalen Verhältnissen zurückkehre, um so besser sei es. Deutschland sei jetzt erschöpft und liege darnieder. Wenn Deutschland sich jedoch wieder erhole, so würden die militärische Besetzung und die Kontrollkommissionen immer lästiger werden. Es würde dann auch die Gefahr von Zwischenfällen vorhanden sein. Die Alliierten hätten beschlossen, einige der Kontrollkommissionen allmählich soweit wie möglich zu vermindern und bezüglich der Kosten der Besatzungsheere eine Regelung zu treffen, die alle Teilnehmer befriedigen werde.

Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, so könne er die Nervosität des französischen Volkes verstehen. Die Ereignisse seien noch in der Erinnerung, die es Frankreich sehr schwer machten, nicht eine berechtigte Besorgnis in dem Gedanken zu empfinden, was die Folgen sein würden, wenn Deutschland seinen Angriff erneuerte. Die wahre Sicherheit Frankreichs hänge jedoch von drei Dingen ab: 1. von der Entwaffnung Deutschlands. Darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rates bestanden. Zweifellos sei es vollkommen unmöglich, eine wirkliche Atmosphäre des Friedens zu erreichen, bevor nicht Frankreich sich vor der Gefahr jener großen Heere sicher fühle, die ihm so schweres Leid angetan hätten. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwunden seien, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen. Das nehme lange Zeit in Anspruch und komme immer ans Tageslicht. Nichts geschehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Kein einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen, und kein Geschoß auf diese Schiffe gestellt, von denen die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. Das gelte auch für Frankreich. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, was mit seiner früheren überwältigenden Macht vergleichbar sei. Der zweite Umstand, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhänge, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bewußt werde, den der Krieg Deutschland selbst zugefügt habe. Drittens hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache, und daß ein Anfangserfolg schließlich den Ruin nur vergrößere, indem er die Folgen der Niederlage und die Strafen, die dem Angreifer auferlegt werden, nur vergrößere.

Ueber die kleinasiatische Frage sagte Lloyd George, daß man im Augenblick nichts Besseres tun könne, als die Kriegführenden allein zu lassen. Wenn sie sich gegenseitig erschöpft hätten, würde es wahrscheinlich leichter sein, mit ihnen zu verhandeln. Persönlich glaubt Lloyd George, daß es nötig sein werde, den Vertrag von Sèvres abzuändern. Er hoffe, daß die griechische Regierung nicht den Irrtum der bulgarischen begehen werde, indem sie unannehmbare Forderungen vorbringe.

Zum Schluß sagte Lloyd George noch, daß die Abrüstungskonferenz nur Wert hätte, wenn alle Nationen künftig auf der Hut sind, damit nicht Habsucht und Begierde wieder eine solche Katastrophe wie 1914 herbeiführten.

Ueber die russische Notlage erklärte Lloyd George, daß niemand auf der Pariser Konferenz — ob er für oder gegen die Bolschewisten sei — das politische Element hineinbringen und die Hungersnot zu politischen Zwecken ausnutzen sollte. Es könne nichts ohne vollständige Zusammenarbeit mit der Regierung von Moskau in den Hungersgebieten unternommen werden. Es müßte vollständige Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle Hilfe der in Not befindlichen Bevölkerung zugute komme. Die Leute, die das Hilfswerk organisieren, müßten selbst die Aufsicht darüber haben, und das Hilfswerk könne nur Erfolg haben, wenn in dem dem nicht heimgesuchten Gebiet die russischen Bauern veranlaßt werden könnten, ihre Getreidevorräte gegen Lieferungen, die vom Ausland kommen, abzugeben. Diese Lieferungen vom Ausland könnten nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bezüglich der bereits an Rußland gemachten Lieferungen anerkenne. In Frankreich seien Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Pfennig hergegeben hätten, um Rußland in früheren Jahren zu helfen. In England befänden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Rußland gesandt hätten und ihr Kapital dort anlegten. Wenn die Sowjetregierung Vertrauen schaffen wolle, das die Handelswelt dazu bewegen könnte, im jetzigen Augenblick einzugreifen, dann müsse sie erklären, daß sie ihre Verpflichtungen anerkenne.

Lloyd George sagte weiter, die russische Hungersnot sei die furchtbarste Heimsuchung seit Jahrhunderten, die die Welt betroffen habe. Es sei schwierig, Nachrichten zu erhalten. Zu seinem größten Leidwesen müsse er mitteilen, daß die Nachrichten, die die Regierung eben erhalten habe, auf eine furchtbare Katastrophe hinweisen. Soeben sei ein Telegramm von dem britischen Handelsvertreter in Moskau eingetroffen, das besage, daß 35 Millionen Menschen hilfsbedürftig seien. Die Bewohner der von der Hungersnot heimgesuchten Gebiete wandern, da sie einsehen, daß keine Möglichkeit besteht, daß die Hilfe sie rechtzeitig erreicht, um sich vor der Hungersnot zu bewahren, in großen Massen nach verschiedenen Richtungen. Sie seien dem Tode geweiht. Dreißig von Hundert davon seien Kinder. Zahlreiche Kinder werden von den Eltern ihrem Schicksal überlassen.

Der Widerhall in London und Paris.

Heftige französische Angriffe gegen Lloyd George.

London, 16. August. (W. T. B.)

Die Presse stimmt den gestrigen Ausführungen Lloyd Georges im Unterhause zu. „Daily Chronicle" schreibt, die Entente werde weiter bestehen, da sie nicht nur für Großbritannien und Frankreich, sondern auch für den Weltfrieden notwendig sei. Die „Times" heben den außerordentlich ernsten Ton und den starken Wunsch Lloyd Georges hervor, den Frieden in Europa in enger Zusammenarbeit mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und zu sichern. Es sei jetzt klar, daß die Entente aus den letzten Verhandlungen in Paris gestärkt hervorgegangen sei. (!) Das Blatt erklärt, die Wahl eines etwaigen Schiedsrichters für die oberschlesische Frage erfordere peinliche Erwägungen; dessen Nationalität und dessen Stellung würden wichtige Faktoren für die Autorität der Entscheidung bilden. „Daily News" meinen, die Rede des Premierministers sei eine Darlegung der auseinandergehenden Interessen Großbritanniens und Frankreichs.

Paris, 17. August. (E. E.)

Einige Pariser Morgenblätter nehmen Stellung zu Lloyd Georges gestriger Unterhausrede und greifen den englischen Ministerpräsidenten in heftigster Weise an. Pertinax erklärt im „Echo de Paris", Lloyd George wünsche unbedingt, Frankreich möge glauben, daß er sich aus historischen und wirtschaftlichen Gründen in der oberschlesischen Angelegenheit für Deutschland einsetze. Diese Gründe seien aber nicht stichhaltig; denn die historischen Gründe sprächen gegen Lloyd George (?!), und selbst seine Quelle, das englische Konversationslexikon, erkläre, daß östlich der Oder Polen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Lloyd George setze sich deshalb für Deutschland ein, weil er das strittige Gebiet zu seinem eigenen Oberschlesien, nämlich Irland, in Beziehung bringe (!). Aber dieser Parallelismus sei ihm erst vor einigen Tagen in den Sinn gekommen. Wenn er also Oberschlesien Deutschland zuweisen wolle, so geschehe das nur Irlands wegen. Mit seinen geschichtlichen Kenntnissen möge er Frankreich verschonen, denn er sei nicht unparteiisch. Schon am 7. März habe er vor dem Obersten Rat erklärt, man müsse zwischen Oberschlesien und den Reparationen wählen. Dann sei man von einer objektiven Auslegung der Volksabstimmung vom 20. März sehr weit entfernt. Wenn Lloyd George Frankreich vorwerfe, es bekümmere sich nur um seine Sicherheit, so werde Frankreich auch das Recht dazu haben. Denn die Argumente, die Lloyd George vorbringe, die Befürchtungen Frankreichs zu zerstreuen, seien nicht dazu angetan, zu beruhigen. Die Abrüstung Deutschlands sei nur eine vorübergehende Garantie, deren Dauer General Nollet auf nur fünf Jahre schätze (!). Um Frankreichs Ruhe zu garantieren, gäbe es nur ein Mittel, nämlich, daran zu denken, daß Frankreich Macht besitze, die es niemals gebrauchen wolle (!), der es sich aber gelegentlich bedienen wolle. Pertinax greift sodann heftig Briand an und erklärt, weil Briand eine Politik der Allianzen betreiben wollte, sei man zu Zuständen gelangt, die das Schicksal aller Allianzen seien. Man müsse sich fragen, ob Briand in Washington die kompromittierte Partie wieder auszugleichen imstande sein werde. Pertinax bezweifelt dies. Er erklärt, man könne das Spiel nur gewinnen, wenn man in Frankreich wieder die Politik zur Geltung bringe, die man bisher verfolgt habe.

Mit ungewöhnlicher Heftigkeit wendet sich das „Journal" gegen Lloyd George; es erklärt, daß Lloyd George seine Denkart immer noch nicht geändert habe. Wiederum habe man seine sonderbaren historischen Theorien hören müssen. Er begreife zwar Frankreichs Unruhe, doch kümmere es ihn nicht, ob Deutschland aus dem